
/// Kalter Krieg 2.0

DIE UKRAINE-KRISE VOR EINER WEITEREN ESKALATION?

CHRISTIAN HACKE /// Europa erscheint ratlos und geschockt. Die europäische Friedensordnung der vergangenen Jahrzehnte wird zur Chimäre. Deshalb bemühen sich Deutschland und andere europäische Staaten energisch um Schadensbegrenzung und setzen dabei weiter auf Sanktionen und Diplomatie, in der Hoffnung, Putin und die Separatisten im Osten der Ukraine doch noch zum Einlenken zu bewegen. Andere hingegen fordern gegenüber Putin eine harte Gangart. Kein Wunder, dass mittlerweile die Meinungen im Westen in Sachen Ukraine zunehmend aufeinanderprallen.

Die aktuelle Lage

Die Krise in der Ukraine köchelt weiter. Die Vereinbarungen von Minsk scheinen zwar noch nicht gescheitert, doch werden sie nur lückenhaft eingehalten und von einem Waffenstillstand kann keine Rede sein. Alle Seiten setzen scheinbar taktisch zunächst auf Zeitgewinn, verfolgen aber strategisch weiterhin gegensätzliche Ziele. So ließen die Separatisten es sich nicht nehmen, noch die Stadt Debaltsewe zu erobern. Damit haben sie einen wichtigen Sieg errungen bzw. ein wichtiges Etappenziel erreicht. Die beiden sog. Volksrepubliken Donezk und Luhansk bilden eine territoriale Einheit. Damit scheint nach der Krim nun auch der Osten für die übrige Ukraine vorerst verloren. Kündigt sich damit eine territoriale und politische Spaltung des Landes an? Sie würde geostrategisch eine histo-

rische Machtverschiebung zugunsten Russlands signalisieren, das dann – zunächst indirekt – nach dem Zerfall des Sowjetimperiums „verlorenes“ Gebiet zurückerobert hätte.¹ Europa erscheint ratlos und geschockt und die Meinungen im Westen in Sachen Ukraine prallen zunehmend aufeinander.

Der Westen ist sich bezüglich der weiteren Vorgehensweise in der Ukraine-Krise **UNEINS**.

Auf der einen Seite stehen die, die weiter auf Mäßigung, auf Sanktionen und Verhandlungen gegenüber Putin und den Separatisten setzen; auf der anderen Seite wird die Forderung nach Waffen für Kiew immer dringlicher. Be-



Quelle: MAXIM MALINOVSKIY/AFP/Getty Images

Immer wieder bemüht sich Bundeskanzlerin Angela Merkel um eine diplomatische Lösung in der Ukraine-Krise wie hier bei den Verhandlungen um einen Waffenstillstand Mitte Februar 2015 in Minsk.

sonders in den USA mehren sich die Befürworter einer Eindämmung des russischen Einflusses. Sie fordern zumindest Defensivwaffen, um die ukrainischen Streitkräfte gegenüber den Separatisten und russischen Helfershelfern zu stärken. Andererseits plädieren die „Realisten“ in den USA wie auch in Europa für Mäßigung auf beiden Seiten, für mehr Verständnis für Putins Politik und mehr Selbstkritik. In dieser Phase der Ausdünnung diplomatischer Chancen und wachsender Bereitschaft für eine militärische Lösung gerät auch die Regierung Poroschenko zunehmend unter Druck. Eine starke Lobby im Westen, insbesondere in den USA, setzt immer mehr auf die Falken in Kiew, die von Regierungs-

chef Jazenjuk angeführt werden. Doch könnten dann die durch Oligarchen finanzierten Bataillone bald zu Privatarmeen mutieren. Und sollten sie wider Erwarten durch westliche Militärhilfe auf lange Sicht erstarken, so ist zu bezweifeln, ob sie jemals den Separatisten und Russland Paroli bieten könnten. Das Geld würde durch Korruption versickern, der einfache Soldat würde kaum davon profitieren. Und defensive Waffen allein, wie von manchen gefordert, würden nicht reichen, um das militärische Gewicht zugunsten von Kiew zu verändern.² Die Illusion, man könne den Osten durch Krieg zurückerobern, würde sich schneller als erwartet in Luft auflösen.³ Die ukrainische Armee kann

– trotz massiver Aufrüstung und teilweiser Überlegenheit an schweren Waffen – die Separatisten im Osten nicht besiegen. Vielmehr erscheint laut BND die ukrainische Armee zerfallen, demoralisiert und personell ausgeblutet. Sie ist mit der Kriegsführung der Separatisten überfordert. Sie hat deren Kampfmoral nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Nicht nur militärisch, auch innen- und außenpolitisch gesehen, erscheint die Ukraine trotz seiner demokratisch gewählten Eliten als ein Land, das unter der Last von Korruption, alten kommunistischen Seilschaften, bedenkenlosen Oligarchen und wachsender Kriegsmüdigkeit zu zerbrechen droht. Putin wird dieses Land nicht direkt erobern wollen, sondern diese prekäre Situation durch eine raffinierte Abnutzungsstrategie zum eigenen Vorteil zu nutzen suchen. Durch verdeckte Aggression und geschickte Propaganda will er das Land wohlmöglich so weit destabilisieren, bis es ihm erschöpft in den Schoß fällt. Was

Der WESTEN hat bisher eine Politik der Stärke gegenüber Russland gescheut.

als Protest auf dem Maidan begann und durch Putins Annexion der Krim eskalierte, könnte sich also zur gefährlichsten Konfrontation in Europa seit dem 2. Weltkrieg entwickeln.

Weil in Moskau, aber auch in Washington keiner bereit zu sein scheint,

die Krise zu entschärfen, droht sie zum Stellvertreterkrieg der beiden Weltmächte zu eskalieren. Präsident Putin heizt die Krise mit Waffenhilfe, eigenen Truppen und einem ausgeklügelten Propaganda-Krieg weiter an. Kein Wunder, dass sich die Stimmen für Waffenhilfe an Kiew mehren: „Das Einzige, was Putin versteht, ist Hard Power“, so der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Leon Panetta. Sollte Präsident Obama diesem Druck nachgeben und Waffenlieferungen an Kiew zustimmen, dann würde die Propagandalüge Putins Wirklichkeit. Dann erst wird die Ukraine in die Lage versetzt, einen Stellvertreterkrieg für die USA und die NATO zu führen. Da ein gespaltenere, zögerlicher und kriegsscheuer Westen diesen Krieg gegen ein eskalationsfähiges Russland nicht gewinnen kann und deshalb nicht führen will, könnten die Falken in den USA die Krise durch Kriegsbereitschaft weiter eskalieren, indem sie Waffen liefern, mit eigenen Truppen – zunächst verdeckt – eingreifen, den Druck auf die NATO erhöhen oder schließlich sogar mit einem Atomschlag drohen.

Reicht angesichts dieser verfahrenen Situation „strategische Geduld“ aus, wenn auch die Effektivität von Wirtschaftssanktionen bezweifelt wird? Sanktionen wirken allenfalls langfristig. Aber sie zeigen Wirkung dort, wo Russland am schwächsten erscheint, nämlich in der Wirtschaft. Trotzdem bleibt unklar, ob die Rechnung des Westens aufgehen wird, weiterhin darauf zu setzen, dass ökonomischer Druck schließlich zu politischem Einlenken des Kreml führen wird. Die Geschichte Russlands und der Sowjetunion gibt hierfür wenig Anlass zu Optimismus. Deshalb sollte der Westen andere Schritte bedenken, denn mehr Sanktionen und Waffenliefe-

rungen werden die Separatisten und Russland nicht zum Einlenken zwingen. Je mehr der Westen, je mehr die USA die Ukraine in den westlichen Einflussbereich einzubeziehen suchen, um so energischer und kompromissloser wird Putin mit seinen Helfershelfern zurückzuschlagen. Alle Beteiligten stehen in der Ukraine-Krise jetzt an einer historischen Weggabel: Bleibt ohne eine überzeugende westliche Politik der Stärke nur noch Entgegenkommen, um Putin und die Separatisten zum Einlenken zu bewegen?

Es wäre nun die beiderseitige **RATIONALE** Auslotung und Diskussion verschiedenster Lösungsmodelle angebracht.

Überlegungen zur De-Eskalation der Krise

Kein Zweifel, Verhandlungen tun not, aber nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit, sondern geheim, wobei die Interessen aller kühl und ohne moralisierende Aufwallungen bedacht werden müssen. Idealtypisch gesehen könnten in diesen Verhandlungen folgende Entwicklungen ausgelotet werden:

- Die Ukraine wird als souveräner Staat in der altbekannten Form und den alten Grenzen unter Einschluss der Krim wieder hergestellt. Dieses Modell einer Ukraine ist vermutlich passé. Russland kann und wird die Krim nicht zurückgeben, so weit lassen sich die Uhren nicht mehr zurückdrehen. Unter diesen Zielsetzungen erscheinen Verhandlungen weitgehend sinnlos.
- Es erfolgt die Wiederherstellung der territorialen Integrität einer neutra-

len Ukraine, wobei die Krim bei Russland verbleibt. Dieses Modell wäre nur realisierbar, wenn Regierung und Parlament in Kiew auf eine NATO-Mitgliedschaft und auf eine einseitige Westorientierung und Assoziierung mit der EU verzichten und vielmehr eine neutrale Ukraine als Brücke zwischen West und Ost, also mit konstruktiven Beziehungen zu den einzelnen westlichen Demokratien und dem autoritären Russland, befürworten. Bei Verhandlungen mit dieser Zielsetzung müssten der Westen, die USA, aber auch Kiew von ihren bisherigen Positionen abrücken und nicht unbeträchtliche Zugeständnisse machen.

- Dies gilt auch für eine föderative Ukraine mit vergrößerter Autonomie für den Osten. Sie wäre unter neutralem Vorzeichen denkbar, nämlich wenn den russischen Minderheiten im Osten und Russland selbst mehr Einfluss zugebilligt würde.
- Liefert der Westen Waffen an Kiew und ermuntert die Ukraine, sich ausschließlich nach Westen auszurichten und werden die Beziehungen der NATO zu Kiew intensiviert, dann könnte das dritte Modell Wirklichkeit werden: Russland würde hart reagieren und die Teilung in eine westorientierte West-Ukraine und eine russlandorientierte Ost-Ukraine vortreiben. Die sog. „Volksrepublik Donezk“ würde dann vermutlich der Russischen Föderation beitreten. Diese Entwicklung ist derzeit nicht auszuschließen. Sie wäre für die Ukraine und die weitere europäische Ordnung fatal.
- Nicht auszuschließen ist auch, dass darüber hinaus Russland seine Unterstützung für die Separatisten auch

auf die West-Ukraine ausdehnt, um die gesamte Ukraine zu destabilisieren und sogar dem russischen Herrschaftsbereich einzuverleiben. In diesem Falle erscheint eine Eskalation zum Stellvertreterkrieg Russlands und der USA in der Ukraine fast unvermeidbar. Auch unter diesen Gesichtspunkten muss die westliche Diplomatie zu mehr Vorsicht und Kompromissfähigkeit angehalten werden. Dies gilt natürlich noch mehr für Russland und die Separatisten.

Im Kern geht es also derzeit um die Frage, ob die Ukraine Teil des Westens werden soll, oder ob sie als neutrale Brücke zwischen Ost- und Westeuropa von allen Seiten akzeptiert wird, so die ursprünglich russische Position, oder ob Putin jetzt die Teilung der Ukraine oder gar Destabilisierung der gesamten Ukraine durchsetzen wird. Bei einer weiteren Militarisierung der Hilfe nimmt der Westen eine Entwicklung in Kauf, die entweder kompromisslos auf Sieg setzt oder aber realiter einer Teilung und einer weiteren Destabilisierung der Ukraine – gewollt oder ungewollt – Vorschub leistet. Dagegen stemmt sich die Bundesregierung. Sie lehnt die Lieferung von Waffen an Kiew strikt ab. Die weltweiten Militärhilfen und Interventionen des Westens seit 1990 bestätigen diese Zweifel. Sie werden verstärkt, weil der Westen durch Aufrüstung und Intervention in der Ukraine erstmals auf einen hochgerüsteten Gegner treffen würde, der anders als in Somalia, dem Balkan, im Irak, in Afghanistan oder Libyen, kriegserfahren ist, Entschlossenheit ausstrahlt, geostrategisch im Vorteil ist und dazu eine Eskalationsdominanz bis zum Atomkrieg für sich in Anspruch nimmt.

Schon in Syrien musste der Westen einsehen, dass eine humanitäre Intervention zum Sturz Assads an Russlands Nibelungentreue scheitern musste. In der Ost-Ukraine stößt der Westen auf noch härteren Granit. Sie ist für Russlands geostrategische Interessen zentral. Waffenlieferungen der USA und der NATO an die Ukraine und vielleicht noch der Einsatz verdeckter westlicher Truppen wären für Russland unannehmbar. Es würde mit militärischen und anderen Gegenmaßnahmen unmissverständlich antworten und auf Grund des geostrategischen Vorteils den Westen in große Schwierigkeiten bringen. Die Illusion, man könne den Osten durch Krieg zurückerobern, würde sich bald in Luft auflösen.⁴ Präsident Putin steht vor der Wahl, entweder seine geostrategischen Gewinne durch eine

PUTIN setzt trotz wirtschaftlicher Schwäche derzeit noch mehr auf Konfrontation als auf Kooperation.

Annexion der Ost-Ukraine zu erweitern oder auf Druck des Westens eine neutrale Ukraine-Lösung zuzulassen. Noch glaubt er, durch Konfrontation mehr gewinnen zu können als durch Kooperation. Doch darf die machtpolitische Entschlossenheit Putins nicht mit Stärke verwechselt werden. Russland ist schwach. Seine Wirtschaftsstruktur ist marode, und das autoritäre System ist brüchig. Putin muss die Wirtschaft modernisieren und das geht nur mit Hilfe

von Außen. Die westlichen Sanktionen könnten Wirkung zeigen und ihn vielleicht zum Einlenken zwingen, auch wenn die Chancen hierfür nicht überschätzt werden dürfen. Doch für Putin hat die Ukraine eine höhere Priorität als für den Westen⁵ und Russland besitzt neben dem geostrategischen Vorteil vor allem eine entscheidende Fähigkeit, die dem Westen abgeht, nämlich die Eskalationsdominanz, die Fähigkeit, den Fortgang und Ausgang der Krise durch militärische Überlegenheit und Entschlossenheit zunächst weiter zu bestimmen⁶.

Bundeskanzlerin MERKEL agiert in der Ukraine-Krise überlegt, zurückhaltend und deeskalierend.

Deutschlands Rolle

Beim Konflikt in und um die Ukraine scheinen die Deutschen hin- und hergerissen. Einerseits schätzen sie den Wert der West-Integration für Sicherheit und Wohlfahrt, andererseits hat nach 1990 die Tradition von Deutschland als „Brücke zwischen Ost und West“ wie auch die tief verwurzelte Tradition deutsch-russischer Zusammenarbeit und „Seele nverwandtschaft“ wieder an Zugkraft gewonnen,⁷ wobei anti-amerikanische Affekte stärker geworden sind, die teilweise durch Amerikas ungeschickte Außenpolitik begünstigt werden. Die bewährten außenpolitischen Koordinaten aus der Zeit des Kalten Krieges haben sich verschoben. Die deutsche Politik

mit Blick auf Moskau und Kiew gleicht vor diesem Hintergrund einer schwierigen Gratwanderung. Es fehlen in Kiew die lupenreinen Demokraten als Partner. Das politische System der Ukraine ist korrupt und ineffizient. Eliten und Institutionen sind autoritär. Deshalb ist zu befürchten, dass westliche Hilfe nutzlos versickert.

Man ahnt auch die Distanz der Bundeskanzlerin gegenüber den USA und den Regierenden in Kiew mit Blick auf deren militärische Pläne. Doch ist die Bundeskanzlerin klug, gibt sich keine Blöße und beschwört deutsch-amerikanische Gemeinsamkeiten. Politische Differenzen behandelt sie ohne emotionale Distanz und ohne Antiamerikanismus, sondern als notwendige außenpolitische Emanzipation. Gerade in der Ukraine-Krise sucht sie zu beweisen, dass der Konflikt mit Russland um die Ukraine vor allem eine Angelegenheit der Europäer ist und dass er diplomatisch kooperativ gelöst werden muss anstatt dass er durch forcierten amerikanisch-russischen Gegensatz zum Stellvertreterkrieg der beiden Weltmächte eskaliert. Doch drängt sich Deutschland beim aktuellen Krisenmanagement nicht in den Vordergrund. Russland hat vitale Interessen in der Ukraine, Deutschland nicht.

Im Übrigen liegt die völkerrechtliche Verantwortung zur Beilegung der Krise bei den USA, Russland, Großbritannien und bei der Ukraine. Sie haben sich im Budapester Memorandum 1994 für die Einhaltung von Frieden und Stabilität einer souveränen Ukraine verbürgt. Dafür gab die Ukraine die sowjetischen Atomwaffen an Russland zurück, – ein schlechter Tausch, wie sich schon damals andeutete.⁸ Aber damalige Warnungen wurden missachtet. Hätte die

Ukraine auf einer minimalen nuklearen Abschreckungskapazität bestanden, hätte Russland vermutlich die Annexion der Krim oder die Intervention im Osten der Ukraine nicht gewagt.⁹ Auch das Engagement der Ukraine im NATO-Programm „Partnership for Freedom“ hat dem Land nicht mehr Sicherheit gebracht, ebenso wenig der russisch-ukrainische Freundschaftsvertrag von 1998. Deutschland war und ist bei dieser Ent-

nehmen müssen. Deutschlands privilegierte Energiepolitik mit Moskau wird von manchen Partnern mit Misstrauen beobachtet. Interessenskollisionen sind für Deutschland somit vorprogrammiert. Einerseits gilt es, gemeinsam mit den westlichen Partnern Putin in die Schranken zu weisen, andererseits hat Deutschland ein vorrangiges Interesse an konstruktiven Beziehungen zu Russland.¹¹ Ob Deutschland in dieser Krise schließlich klug oder opportunistisch handelt, wird erst in Monaten oder Jahren sichtbar werden.

Es ist ein **FEHLER**, wenn der Westen Putin weiter in die Enge treibt.

wicklung kaum involviert, nämlich nur im Rahmen der EU und auf Grund seiner besonderen Beziehungen zu Russland.

Merkels Abneigung vor außenpolitischen Schnellschüssen, ihre Neigung zu Umsicht und Vorsicht bewähren sich wie schon in der Euro- vorerst auch in der Ukraine-Krise. Sie sucht eine Eskalation zu verhindern, Putin in die Pflicht zu nehmen und den Westen auf eine gemeinsame und maßvolle Sanktionspolitik einzuschwören. Das ist nicht einfach angesichts der desolaten Verfassung des Westens. Europa ächzt unter der Euro-Krise, die Partner sind in Schlüsselfragen tief zerstritten und in Washington werden in der Ukraine-Krise alte konfrontative Reflexe gegenüber Moskau wiederbelebt.¹⁰ Die Sisyphus-Diplomatie Deutschlands bleibt also angesichts der imperialen Entschlossenheit von Wladimir Putin, der Zerstrittenheit des Westens und der Unkalkulierbarkeit der Ereignisse in der Ukraine mit großen Widrigkeiten konfrontiert. Berlin wird zu mehr Sanktionen gedrängt und wird dabei als engster Wirtschaftspartner Russlands erhebliche Kosten in Kauf

Fazit

Die Geschichte kennt genügend Beispiele dafür, dass Mächte, die zur Verteidigung ihrer geostrategischen Interessen zu großen Opfern bereit sind, schließlich obsiegen. Andererseits zeigt die Geschichte der Wirtschaftssanktionen, dass sie geschlossen und konsequent angewandt, verheerende Folgen nach sich ziehen können. „Soft Power“ gemessen an „Good Governance“ und zivilisatorische Attraktivität bleiben im post-modernen Selbstverständnis richtungsweisend. Aber ohne die Fähigkeit und Entschlossenheit, „Hard Power“ zur Stärkung der Diplomatie zu nutzen oder gar im Extremfall anzuwenden, bleibt Selbstbehauptung wie in der Ukraine-Krise illusorisch.¹² Falls die Krise gar zu einer Teilung der Ukraine führen sollte, wären weitere Konflikte im post-sowjetischen Raum, in Moldawien, Transnistrien, Adserbeischan, Nagorny-Karabach oder anderswo nicht auszuschließen, denn auch dort fehlt dem Westen gegenüber Russland die Eskalationsdominanz.¹³ Daraus resultiert das zentrale Dilemma der Erweiterung: „Die NATO kann sicherheitspolitische Partnerschaft mit Russland und die Si-

cherheit der Nachbarstaaten nicht zu gleich herstellen.“¹⁴

Personen machen Geschichte, im Guten wie im Schlechten. Doch dem autoritären Realismus in der Person von Wladimir Putin steht im Westen derzeit keine ebenbürtige Persönlichkeit gegenüber, die einen demokratisch fundierten Realismus in der Außenpolitik personifiziert, eine Lösung der

Eine souveräne **NEUTRALE** Ukraine scheint die einzig vernünftige und für alle akzeptable Lösung zu sein.

Krise sucht, die auch die Interessen Russlands berücksichtigt und couragiert eine Lösung im Rahmen einer neutralen Ukraine anstrebt. Nur so kann noch das Schlimmste verhindert werden. Russland darf nicht weiter in die Enge getrieben werden, sondern es müssen Anreize geschaffen werden, dass Russland und die Separatisten einlenken. Das wird nur möglich sein, wenn der Westen nicht mehr Kiew einseitig an sich binden und militärisch unterstützen will. Vor dem Hintergrund dieser bizarren und gefährlichen Konfrontation überrascht es nicht, dass sich in Europa und in den USA besonnene Stimmen mehren, die Washington dringend raten, von Waffenlieferungen an die Ukraine abzusehen. Dazu gehören der frühere Außenminister Henry Kissinger, der frühere Botschafter der USA in Moskau, Jack Matlock, verschiedene Russlandexperten und nicht zuletzt auch Stimmen in der Regierung Obama, die ausdrücklich davor warnen, Putin zu provozieren. Auch die mahnenden Stimmen von Michael Gorbatschow und

Lech Walesa warnen vor Waffenhilfe und erinnern an Fehler und Versäumnisse westlicher Russland-Politik.

All diese widersprüchlichen und gegenläufigen Trends innerhalb des Westens zeigen eines ganz deutlich: Sanktionen und Waffenlieferungen ergänzen sich nicht gegenseitig. Diese erhoffte transatlantische Arbeitsteilung funktioniert in der Ukraine-Krise nicht. Vielmehr würden Waffenlieferungen an Kiew nur den transatlantischen Graben vertiefen und die Konfrontation mit Russland beschleunigen. Eine auf Neutralität ausgerichtete Verhandlungslösung in der Ukraine-Krise tut deshalb not. Nur auf eine solche Lösung könnten sich alle einigen, nur eine souveräne neutrale Ukraine wäre lebensfähig und lebenswürdig. Außerdem braucht der Westen Russland als strategischen Partner in Europa, aber auch im Kampf gegen den Terrorismus der IS, als Partner im gesamten Krisenbogen des Nahen Ostens sowie zur Bekämpfung der neuen globalen Probleme.

„Erkenne die Lage und rechne mit deinen Defekten. Gehe von Deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen!“¹⁵ Dieser Ratschlag zur Lebensführung macht Sinn, wenn er politisch verstanden auch an die Adresse westlicher Politiker gerichtet wird. Zu viele haben sich in den vergangenen 25 Jahren zu oft an ihren demokratischen Parolen berauscht und dadurch die politischen Bestände unserer freiheitlichen Ordnung gefährlich dezimiert. Putin ist nicht unser Problem, sondern das Problem besteht darin, dass westliche Politik durch ihre naive Selbstgefälligkeit Putin erst stark gemacht hat. Noch bleibt ein schmales Zeitfenster offen, um alle zur Vernunft zu bringen. ///



/// PROF. DR. CHRISTIAN HACKE

ist Professor em. für Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn, Hammoor bei Ahrensburg.

Anmerkungen

- ¹ In: Der Spiegel, Nr. 8/2015, S. 23 ff.
- ² Daalder, Ivo: Eine Frage der Glaubwürdigkeit, in: Der Spiegel, Nr. 8/2015, S. 52 ff.
- ³ Stelzenmüller, Constanze: Krieg in unserer Zeit?, in: Internationale Politik Nr. 2, März / April 2015, S. 44 ff.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ Mackow, Jerzy: Russlands Beziehungen zu seinen „slawischen Brüdern“ Ukraine und Belarus, in: APuZ B 16-17, 14.4.2003, S. 31 ff.
- ⁶ „Die derzeitige westliche Politik, die sich auf ökonomische Sanktionen beschränkt, verschlimmert diese Situation noch, denn sie erzeugt auf russischer Seite Sachzwänge zu raschem Handeln. Besser wäre eine Politik, die auf Eskalationsdominanz zielt.“, Krause, Joachim: Droht der „Große Krieg“?, in: FAZ, 4.9.2014, S. 8.
- ⁷ Fücks, Ralf: Seelenverwandte Gegner, in: Süddeutsche Zeitung, 1.5.2014, S. 3.
- ⁸ „Strategische Nuklearwaffen, wie fragwürdig ihr militärischer Wert sei, sie verleihen der Ukraine Verhandlungsgewicht: Nach Osten versprechen sie eine letzte Rückversicherung und dem armen Land den Aufstieg vom Bittsteller zum Verhandlungspartner.“, Stürmer, Michael: Die Geschichte kehrt zurück. Die Notwendigkeit westlicher Mitgestaltung am Beispiel der Ukraine, in: FAZ, 29.6.1993, S. 14.
- ⁹ Zum Abkommen von 1994 und den fatalen Folgen für die Unsicherheit der Ukraine siehe Mearsheimer, John: The Case for a Ukrainian Nuclear Deterrent, in: Foreign Affairs, Vol. 72, Nr. 3, Summer 1993, S. 50 ff: „A security guarantee from the West is theoretically possible but not a practical strategy for maintaining Ukrainian sovereignty. Ukrainian nuclear weapons are the only reliable deterrent to Russian aggression.“
- ¹⁰ Helmut Schmidt diagnostiziert eine Krise der EU und wittert Größenwahn der EU, weil sie die Ukraine angliedern möchte: „Wir haben dort nichts zu suchen.“ Schmidt, Helmut in: Spiegel-Online, 16.5.2014.
- ¹¹ Wipperfürth, Christian: Russland, die Ukraine und der Westen: Alle gehen leer aus, in: DGAP Kompakt, März 2014.

- ¹² Hacke, Christian: Revival der „Hard Power“ – Russlands Politik fordert den Westen heraus, in: Politische Meinung Nr. 526, Mai / Juni 2014, S. 106 ff.
- ¹³ „Die Verbindung von Diplomatie und Militäreinsatz ist nur da am Platz, wo Macht und Wille zur Durchsetzung erkennbar bestehen: Die zitternde Trompete verstärkt, wie die Erfahrung zeigt, die Krise, die sie zu beherrschen strebt.“, Stürmer, Michael: Clausewitz und die Verantwortung der Politik, in: FAZ, 1.10.1993, S. 1.
- ¹⁴ Hacke, Christian: Die Haltung der Bundesrepublik zur NATO-Osterweiterung, in: Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, hrsg. von August Pradetto, Opladen 1997, S. 248.
- ¹⁵ Benn, Gottfried: Briefe an F. W. Oelze 1932-1945, Wiesbaden 1977, S. 150.